

Axel Groenemeyer (Hrsg.)

# Wege der Sicherheitsgesellschaft

Gesellschaftliche Transformationen  
der Konstruktion und Regulierung  
innerer Unsicherheiten

ARBEIT GRENZEN POLITIK HANDLUNG METHODEN GEWALT SPRACHE WISSEN  
SCHAFT DISKURS SCHICHT MOBILITÄT SYSTEM INDIVIDUUM KONTROLLE  
ZEIT ELITE KOMMUNIKATION WIRTSCHAFT GERECHTIGKEIT STADT WERTE  
RISIKO ERZIEHUNG GESELLSCHAFT RELIGION UMWELT SOZIALISATION  
RATIONALITÄT VERANTWORTUNG MACHT ERBEDE LEBENSSTIL DELIN



*Axel Groenemeyer*

## Wege der Sicherheitsgesellschaft

### Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten<sup>1</sup>

#### 1. Von der Disziplargesellschaft zur Sicherheitsgesellschaft

Auch wenn es zunächst so klingen mag, Sicherheitsgesellschaft soll nicht in irgendeiner Weise als Gegenbegriff zum Konzept der Risikogesellschaft verstanden werden. Allerdings teilt er mit diesem die Grundannahme, dass moderne Gesellschaften seit einiger Zeit einer grundlegenden Transformation der Konstruktionen sozialer Ordnung und der Politik unterliegen, in denen Risiken und Unsicherheiten einen zentralen Platz einnehmen. Der Aspekt, der mit dem Begriff Sicherheitsgesellschaft betont werden soll, ist die Entwicklung neuer Kontrollkulturen und -strukturen, in denen sowohl die staatliche Kontrolle abweichenden Verhaltens als auch die soziale Kontrolle im Alltag neue Formen annehmen, die den Charakter der Gesellschaft als Sicherheitsgesellschaft nachhaltig prägen.

1 Die in diesem Buch abgedruckten Beiträge sind im Zusammenhang mit der Organisation des Plenums „Wege der Sicherheitsgesellschaft“ auf dem 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2008 in Jena entstanden. Das Plenum wurde gemeinsam organisiert von den Sektionen *Soziale Probleme und soziale Kontrolle*, *Politische Soziologie*, *Stadt- und Regionalsoziologie* und *Rechtssoziologie*. Da auf dem Kongress nur fünf Vorträge Platz fanden, aber auf den Call for Papers insgesamt immerhin 15 Vortragsvorschläge eingingen, entstand die Idee, auch die anderen Beiträge ausarbeiten zu lassen und in Buchform zu veröffentlichen. Dem Verlag für Sozialwissenschaften sei gedankt für seine Erlaubnis, auch die Beiträge in diesem Buch abdrucken zu dürfen, die im Tagungsband des Kongresses auftauchen, z. T. aber für dieses Buch erheblich überarbeitet wurden (Scherr, Sack, Luedtke, Termeer). Besonders herzlich gedankt sei aber auch den damaligen Sprechern der beteiligten Sektionen *Carsten Keller* (Sektion Stadt- und Regionalsoziologie), *Stefan Machura* (Sektion Rechtssoziologie) und *Helmuth Berking* (Sektion Politische Soziologie), die mit mir gemeinsam das Plenum organisiert haben.

Moderne Gesellschaften sind immer auch als politisch und staatlich verfasste Gesellschaften verstanden worden, was insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit unmittelbar evident ist und auch in Zeiten forcierter Globalisierung weiterhin evident bleiben wird. Seitdem Thomas Hobbes sein Modell des Leviathan entwickelte, gehört es zum Allgemeingut, den Staat als Garanten innerer und äußerer Sicherheit aufzufassen und ihn über seine ureigenste Aufgabe – die Herstellung und Gewährung von Sicherheit für das Leben und Eigentum der anerkannten Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor Gewalt und Diebstahl sowohl von innen als auch von außen – zu definieren. Wenn es also um innere Sicherheit geht, so liegt es nahe, zunächst einmal die staatliche Politik in diesem Bereich in den Blick zu nehmen. Denn soziale Ordnung und soziale Beziehungen werden in besonderer Weise immer auch über die zentralen Mittel und Institutionen der Herstellung von Sicherheit und Ordnung – das Recht und insbesondere das Strafrecht und die dazugehörenden Institutionen von Polizei, Justiz und Strafe – geprägt.

Was allerdings jeweils als Bedrohung der sozialen Ordnung aufgefasst und in welcher Weise darauf reagiert wird, ist mit dieser Aufgabenbestimmung staatlicher Politik keineswegs festgelegt, sondern immer auch im Zusammenhang mit Entwicklungen der Gesellschaft verstanden worden. Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Aufruhr begleiten die Entwicklung moderner Gesellschaften von Beginn an, von der Furcht vor Vagabunden und heimatlosen Banden über den Schrecken gegenüber ‚gefährlichen Klassen‘ im ‚Großstadtdschungel‘ und der Angst gegenüber ‚gefährlichen Jugendlichen‘ bis hin zum Schrecken vor äußeren und inneren Feinden und dem Entsetzen über einzelne Gewaltanschläge und den damit einhergehenden Bedrohungsszenarien. Heutzutage sind es vielfach Jugendliche und Heranwachsende mit Migrationshintergrund und islamische Terroristen, aber auch ‚gefährliche Serientäter‘ und ‚pädophile Kinderschänder‘, die als Bedrohung von Sicherheit und Ordnung gesehen werden.

Jenseits sich wandelnder dominanter Feindbilder und Konstruktionen neuer Bedrohungsszenarien verändern sich auch die Orientierungen und Institutionen, mit denen auf diese Bedrohungen der Sicherheit reagiert wird. Ausgehend von der liberalen Version des Rechtsstaates, dessen Grundprinzipien im 18. Jahrhundert mit den zivilen Rechten des Staatsbürgers (Bürgerinnen waren damals noch nicht vorgesehen) formuliert wurden, entwickelte sich mit der Forderung und Realisierung von sozialen Rechten im 19. und 20. Jahrhundert zumindest in Europa das Modell sozialstaatlicher Integration und sozialer Ordnung, das auch

für den Bereich der inneren Sicherheit als Rehabilitationsideal der Kontrolle von Kriminalität leitend wurde.

Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses Modell mit dem Ausbau sozialer Dienste und sozialstaatlicher Sicherungsleistungen zur dominanten Orientierung sozialer Kontrolle. Es ging um den Täter oder die Täterin, um seine oder ihre Resozialisierung und Reintegration, um klare Grenzziehungen zwischen Devianz und Konformität und um die Etablierung von Interventionen, Dispositiven und Organisationen, mit denen die Anpassung der Individuen an die Erfordernisse der sozialen Ordnung (und der prosperierenden Wirtschaft) gesichert und staatliche Institutionen geschützt werden sollten. Dieses Modell der Konstruktion und Kontrolle von Devianz wurde von Foucault (1977) als „Disziplinargesellschaft“ beschrieben, es ging um die „Fabrikation des zuverlässigen Menschen“ (Treiber/Steinert 1980).

Sowohl im liberalen Modell des Strafrechts mit seiner Orientierung an individueller Autonomie und Vernunft, bei der Schuld und ihr angemessene Strafen im Vordergrund stehen, als auch im Modell des Rehabilitationsideal, bei dem die Disziplinierung und Reintegration von Tätern und Täterinnen dominieren, wurde die Kontrolle von Kriminalität und die Herstellung von Sicherheit und Ordnung als ein Problem von Experten und Expertinnen in spezialisierten Organisationen (Polizei, Justiz, Soziale Arbeit, Sozialpolitik) konzipiert (siehe Garland 1985, 2008; Groenemeyer 2001).<sup>2</sup> Im Rückblick hat es den Anschein, dass Kriminalität als Bedrohung von Sicherheit im Alltag der Bürger und Bürgerinnen eine relative geringe Rolle spielte; sie wurde eben den Experten und Expertinnen überlassen.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Modellen um Idealtypen. Parallel dazu hat es in der Praxis der Kontrolle immer auch Abschreckung durch punitives Strafen, moralische Paniken mit dem Ruf nach ‚Rache‘ und Exklusionen gegeben, auch die mediale und politische Konstruktion von Bedro-

2 Es ist außerordentlich aufschlussreich, sich heutzutage die entsprechenden Debatten z. B. zu Beginn der 1970er Jahre anzuschauen: Selbst in den USA gab es damals eine Regierungskommission, die Alternativen zur Gefängnisstrafe entwickelte und ihre Abschaffung in Erwägung zog. So heißt es in einem Bericht der *National Advisory Commission on Criminal Justice Standards and Goals* von 1973: „The pervasive overemphasis on custody that remains in corrections creates more problems than it solves. Our institutions are so large that their ... very scale ... dehumanizes, denies privacy, encourage violence, and defies decent control. A moratorium should be placed on the construction of any large correctional institution. We already have too many prisons. If there is any need at all for more institutions, it is for small, community-related facilities in or near the communities they serve.“ (National Advisory Commission on Criminal Justice Standards and Goals 1973: 12, zit. n. King 2000: 589 f.).

hungsszenarien ist ganz sicher keine Erfindung des 21. Jahrhunderts. Tatsächlich stehen alle Diagnosen gesellschaftlicher Veränderungen und erst recht solche, die eine grundlegende Transformation oder gar einen „Epochenbruch“ konstatieren, immer vor dem Problem, längerfristige Tendenzen von nur kurzfristigen Entwicklungen unterscheiden zu müssen.

Dabei spielt auch die Wahl eines Bezugspunktes für die Diagnose eines Wandels eine entscheidende Rolle, und es macht einen großen Unterschied, ob man aktuelle Entwicklungen relativ zu den 1950er oder 1960er Jahren betrachtet oder eher langfristige Prozesse in den Blick nimmt. Zudem ist die Frage der Indikatoren für den konstatierten Wandel immer besonders heikel, zumal dann, wenn sich verschiedene Indikatoren in unterschiedliche Richtungen entwickeln und wenn nicht immer genau unterschieden werden kann, ob es sich um einen Wandel von Diskursen und Rhetoriken handelt oder tatsächlich um eine veränderte Praxis der Kontrollformen, -institutionen und -mechanismen.

## **2. Was ist eine Sicherheitsgesellschaft?**

Bei Legnaro, der den Begriff der Sicherheitsgesellschaft 1997 mit Bezug auf Becks Perspektive (1986) der Risikogesellschaft prägte, zeichnet sich die Sicherheitsgesellschaft dadurch aus, „...daß nicht nur staatliche, sondern allmählich und in stetig zunehmendem Ausmaß auch private Akteure an der Produktion von Sicherheit teilnehmen, daß die Überwachung nicht nur dem Staatsschutz im engeren Sinne gilt, sondern Aktivitätskontrollen von allen Bürgern – tendenziell durch alle Bürger – mit dem Ziel der Risikominimierung für alle angestrebt werden und daß schließlich die Produktion von Sicherheit nicht nur eine staatliche Aufgabe ist, sondern eine permanente gesellschaftliche Anstrengung, ein Régime des täglichen sozialen Lebens. ... Es geht demnach nicht nur um die Produktion von Sicherheit als Sicherheit vor Funktionsstörungen und Schutz vor devianten Verhaltensweisen, sondern um die Etablierung von innergesellschaftlich wirksamen Mechanismen, die Grenzen von Inklusion und Exklusion herstellen.“ (Legnaro 1997: 271 f.).

Wenn heute von Sicherheitsgesellschaft die Rede ist, dann werden zumeist sechs Entwicklungslinien konstatiert, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, von einer grundlegenden Transformation des Systems der inneren Sicherheit zu sprechen (vgl. ausführlicher Singelstein/Stolle 2008):

a) Allgegenwärtigkeit von Bedrohungen der Sicherheit

Unabhängig von statistisch erfassbaren Häufigkeiten bilden Bedrohungen die Grundlage für mediale und politische Empörungen, kreieren moralische Paniken und sind im Einzelfall geeignet, als ‚kulturelles Drama‘ oder ‚*cultural trauma*‘ (de Haan 2007; Eyerman 2008), die Richtung politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen nachhaltig zu beeinflussen. Mittlerweile ist das Gefühl allgegenwärtiger Bedrohung durch Gewalt und Kriminalität in das Alltagsleben eingesickert und durchdringt die Organisation sozialer Beziehungen und das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder in öffentlichen und privaten Räumen auch jenseits unmittelbarer Gefährdungslagen und Risikosituationen, d. h. wir erleben eine Popularisierung von Bedrohungslagen und Sicherheitsregimen.

Dies bedeutet nicht unbedingt Veränderungen von ‚*fear of crime*‘, wie sie in unzähligen Studien gemessen wird (vgl. hierzu Lee 2007 sowie der Beitrag von Reuband in diesem Band). Vielmehr scheint es plausibel davon auszugehen, dass die Möglichkeit, Opfer von Kriminalität zu werden, in das Routinehandeln im Alltagsleben integriert wird, ohne das dabei Gefühle von Furcht relevant werden müssen. Selbstverständlich schließen wir heute die Wohnungstüren und das Auto ab und lassen unser Handy im Straßencafe nicht unbeaufsichtigt auf dem Tisch liegen. Oder wie es ein holländischer Kollege einmal prägnant formuliert hat: „No, I don’t have fear of crime, but I’m not stupid“. Bedrohungen durch Kriminalität müssen also nicht unbedingt als Angst (*fear of crime*) wahrgenommen werden, um Auswirkungen auf das Alltagsleben zu haben. Diese Routinisierung von Sicherheit und ihre selbstverständliche Berücksichtigung im Alltag erklärt auch, warum die Kriminalitätsfurchtstudien keineswegs einen linearen Anstieg von *fear of crime* messen, der doch eigentlich erwartet werden müsste, wenn man davon ausgeht, dass insgesamt Bedrohungsszenarien und die Thematisierung von Kriminalität ständig zugenommen haben.

Die Allgegenwärtigkeit von Kriminalität und ihre Konstruktion als Bedrohung von Sicherheit sind allerdings nicht denkbar ohne ihre mediale Aufbereitung. Tatsächlich ist die persönliche (direkte oder indirekte) Betroffenheit von Kriminalität immer noch ein eher seltenes Ereignis, und das Bild, das wir uns von Bedrohungen der Sicherheit und Ordnung machen, wird im Wesentlichen durch Massenmedien konstruiert. Diese bilden selbstverständlich Wirklichkeit nicht einfach ab, vielmehr müssen sie als eigenständige Akteure der Konstruktion von Wirklichkeit angesehen werden, die nach einer eigenen Logik funktionieren (siehe die Beiträge von Reichertz, Bittner und Rölle in diesem Band).

b) *Politisierung und Entprofessionalisierung von Sicherheitspolitiken*

Kriminalitätskontrolle war immer die zentrale Domäne des staatlichen Anspruchs auf das Gewaltmonopol und zumindest in Kontinentaleuropa eine Angelegenheit für Experten und Spezialistinnen des Strafrechts, der Rechtspolitik und der sozialen Dienste. Die allumfassende Mediatisierung von Bedrohungen und der Wandel demokratischer Kultur verführen allerdings zu einer politischen Instrumentalisierung, z. B. in Wahlkämpfen, und können damit eine sich selbst verstärkende Eigenlogik zwischen Steigerung der Verunsicherung und Kriminalitätsfurcht einerseits und deren politische Instrumentalisierung andererseits in Bewegung setzen. Dass z. B. Roland Koch 2008 mit dieser Strategie knapp gescheitert ist und auch in den folgenden Wahlkämpfen in Deutschland von den erfolgreichen politischen Parteien kaum versucht wurde, aus der Konstruktion von Kriminalitätsbedrohungen Kapital zu schlagen, gibt allerdings Hoffnung, dass diese Strategie der politischen Mobilisierung eines „*governing through crime*“ (Simon 2007) oder „*governing through fear*“ nicht unter allen Bedingungen erfolgreich ist und möglicherweise die jeweils in den verschiedenen Ländern unterschiedlichen institutionellen Voraussetzungen hierfür spezifiziert werden müssen. Aus einer ganz anderen Perspektive, nämlich grundsätzlicher anhand der Frage nach den Konstitutionsbedingungen des Staates, geht der Beitrag von *Kuchler* (in diesem Band) dieser Frage nach.

Allerdings gilt auch für diesen Punkt, dass dieser Wandel nicht nur das System staatlicher Politik betrifft. Andere gesellschaftliche Institutionen (z. B. Schulen, Sozialeinrichtungen, Jugendämter, Stadtverwaltungen, Vereine, Familien, Betriebe) müssen sich davor schützen, für kriminelle Taten verantwortlich und haftbar gemacht zu werden und entwickeln dagegen innerorganisatorische Kontroll- und Versicherungsmechanismen (*governing crime*).

Aber auch diese Organisationen können z. T. Vorteile daraus gewinnen, ihre Aktivitäten als Instrumente der Kriminalprävention zumindest darstellen zu können, und sie können so Kriminalität u. U. auch strategisch nutzen (*governing through crime*). Die „Allgegenwart von Bedrohungen der Sicherheit“ führt zu einem Wandel zentraler gesellschaftlicher Institutionen, deren Funktionieren zunehmend in den Sog der öffentlichen und politischen Thematisierung von Kriminalitäts- und Sicherheitsbedrohungen gezogen worden ist und sie dazu bringen kann, ihre präventive Orientierung an dieser Thematisierung auszurich-

ten. Diese These ist allerdings für Deutschland in diesem Zusammenhang bislang kaum hinreichend untersucht.<sup>3</sup>

c) *Neukonfiguration öffentlicher Räume durch Privatisierung und Technisierung sozialer Kontrolle*

Wir erleben in den letzten Jahren eine Neukonfiguration öffentlicher Räume, die sich charakterisieren lässt einerseits durch eine Privatisierung der Konstruktionen von Sicherheit und Ordnung, abzulesen an der Entwicklung privater Sicherheitsdienste und der Entstehung so genannter *gated communities* (siehe auch *Termeer* in diesem Band), und andererseits durch die Entwicklung allgegenwärtiger Überwachung und „postdisziplinärer“ (Lianos 2000, 2005) technischer Kontrollen von Zugangsbedingungen.

Soziale Kontrolle, die sich für lange Zeit überwiegend auf die Täter und ihre Veränderung durch Abschreckung, soziale Dienste und Sozialpolitik bezog, wird in vielen Bereichen ersetzt durch Orientierungen an Kontrolle von Situationen, die, wenn möglich, an automatisierte Techniken übergeben wird. Hierzu gehören auch die Video-Überwachung öffentlicher oder halböffentlicher Räume (siehe die Beiträge von *Luedtke*, *Termeer* und *Heger* in diesem Band) sowie die Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen bei der Stadt- und Quartiersplanung (siehe *Veil* in diesem Band). Dabei wird immer wieder hervorgehoben, dass die Konstruktion sicherer oder gesicherter Räume einer Logik der Selektion bestimmter Personenkategorien und somit den Prinzipien von Inklusion und Exklusion folgt.

Die Gestaltung von Räumen unter Sicherheitsaspekten sowie die Überwachung dieser Räume durch technische Vorrichtungen oder private Sicherheitsdienste kreieren nicht nur eine „Kultur des Verdachts“, sie intendieren zudem eine Rationalisierung der Raumnutzung, die zumeist ökonomischen Kalkülen entspringt. In diesem Sinne werden insbesondere diese Entwicklungen der Neukonfiguration öffentlicher Räume und ihrer Regulation häufig als ein besonders prägnantes Beispiel neoliberaler Orientierungen der Kontrolle angesehen.

3 Das Buch von Simon (2007), das dem Konzept seinen Namen gegeben hat, enthält allein drei ausführliche Kapitel zu „governing through crime“ in den Institutionen Schule, Familie und Arbeitsplatz in den USA.



d) *Grundlegender Wandel der Logik politischer und staatlicher Sicherheitsproduktion*

Den ‚alten‘ Bedrohungen von Sicherheit und Ordnung sollte – zumindest dem Programm nach – über Mechanismen der Integration und der Pädagogisierung begegnet werden. Die Politik innerer Sicherheit folgte dem Programm eines Rehabilitationsideals mit dem Ausbau sozialer Sicherungssysteme und sozialer Dienste, und selbst das staatliche Strafen sollte diesem Ideal folgen. Das Verhältnis von Sozialpolitik und Politik innerer Sicherheit oder Kriminalpolitik als die beiden zentralen Politikfelder der Strukturierung sozialer Ordnung ist im Prozess einer grundlegenden Neustrukturierung. Es wird davon ausgegangen, dass sich dadurch sowohl die Mechanismen und Prinzipien der Herstellung sozialer Ordnung als auch das Verhalten und Selbstverständnis von Subjekten in öffentlichen und privaten Räumen, aber auch die Verfassung und Kultur der Demokratie und der damit verbundenen Freiheiten der Individuen grundlegend ändern sollen.

Während für lange Zeit die Bearbeitung und Kontrolle von Bedrohungen der sozialen Ordnung in erster Linie über eine Resozialisierung und Reintegration von Tätern angestrebt wurde, tritt jetzt zunehmend die Idee des Gesellschaftsschutzes an deren Stelle. Die Folge hiervon ist im Ansteigen exkludierender Maßnahmen ablesbar, z. B. im Anstieg der Gefangenenraten und in der Verlängerung freiheitsentziehender Strafen (siehe den Beitrag von *Sack* in diesem Band). Allerdings ist mit dem konstatierten Wandel der Logik staatlicher und politischer Sicherheitsproduktion mehr gemeint als eine Verschärfung von Sanktionen (zur Entwicklung von Punitivität im internationalen Vergleich siehe Pratt et al. 2005).

Vielmehr wird in diesem Kontext immer wieder argumentiert, dass „Punitivität“ quasi als eine (strategisch) umgeleitete Reaktion auf gestiegene soziale Ängste anzusehen sei und Kriminalpolitik ein Ersatz für fehlende oder brüchig werdende Sozialleistungen darstelle (klassisch hierzu Wacquant 2009). Als eine zentrale Folge dieser Umstellung von sozialpolitisch auf kriminalpolitisch hergestellter Integration („vom Sozialstaat zur Strafstaat“) wird insbesondere auf die mit dieser Entwicklung verbundenen Verschärfung sozialer Ungleichheit und die Tendenz einer systematischen Exklusion bestimmter Personenkategorien verwiesen. Während *Scherr* (in diesem Band) eher zu einer kritischen Einschätzung dieser These kommt, geht der Beitrag von *Sack* (in diesem Band) davon aus, dass sich ähnliche Entwicklungen in Großbritannien und den USA durchaus auf Deutschland übertragen lassen.

e) *Entwicklung einer Kontrollkultur der gleichzeitigen Moralisierung und Entmoralisierung abweichenden Verhaltens*

Die beschriebenen Entwicklungen fügen sich allerdings nicht in ein widerspruchslloses Bild der Entwicklung einer Kontrollgesellschaft ein. In den politischen, öffentlichen und besonders auch in kriminologischen Diskursen sehen wir einerseits eine Zunahme der (Re-)Moralisierung bestimmter Formen abweichenden Verhaltens, die sich in öffentlicher Empörung, moralischen Paniken und der Produktion von Sündenböcken sowie Forderungen nach exkludierender Punitivität ausdrückt. Andererseits und parallel dazu werden aber auch Tendenzen der Thematisierung von Devianz als (sozial-)technisch zu bewältigendes und entmoralisierendes, tendenziell versicherbares Risiko sichtbar, bei der der Täter oder der Schadensverursacher als handelnde Subjekte nicht mehr thematisiert werden, sondern nur noch Risikosituationen und Risikopopulationen im Fokus stehen.<sup>4</sup>

Parallel zur Zunahme gesellschaftlicher und politischer Toleranz gegenüber bestimmten unkonventionellen Verhaltensweisen und deren Akzeptanz als Lebensstilelement im Rahmen einer Pluralisierung von Lebenswelten finden wir eine Zunahme von Orientierungen, die eine expressivere Ablehnung anderer Formen von Devianz signalisieren und eine Verstärkung punitiver Maßnahmen nahe legen. Dies zeigt sich nicht nur über die Ausweitung exkludierender Maßnahmen und expressiver Formen der Stigmatisierung, sondern auch über sich verändernde Haltungen und Einstellungen in der Bevölkerung (vgl. z. B. Kury 2006, 2008; Pratt et al. 2005; Reuband 2007). Während die Sensibilitäten gegenüber allen Formen, die als gewalttätig interpretiert werden können, deutlich gestiegen zu sein scheinen, entwickelt sich gegenüber anderen Formen abweichenden Verhaltens eher eine größere Toleranz, die mit den Ideen eine „Pluralisierung von Lebensformen“ korrespondiert, wie sie von Beck (1986) konstatiert worden war.

f) *Ablösung der Konstruktion der Sicherheitsbedrohungen von Kriminalität*

Die Thematisierung und gesellschaftliche Regulierung abweichenden Verhaltens als Risiko und Problem des Risikomanagements legt es durchaus nahe, die

4 Garland (2008) beschreibt diesen Trend als „*bifurcation*“ einer „*criminology of everyday life*“, die einer Logik der unaufgeregten Regulation von Risiken und Schäden folgt, und einer „*criminology of the other*“, die mit moralischen Paniken, medialen Bedrohungsszenarien und der Konstruktion von Sündenböcken operiert.

für die Soziologie grundlegenden Konzepte von Kriminalität und abweichendem Verhalten zu hinterfragen (vgl. Groenemeyer 2007, 2008; Scheerer 1998). Auch wenn unstrittig zu sein scheint, dass Gesellschaften ganz wesentlich auch als normativ regulierte soziale Gefüge zu analysieren sind und von daher abweichendes Verhalten und die darauf bezogenen Institutionen zentrale Mechanismen gesellschaftlicher Analyse bleiben werden, so weitet sich mit der Konzeption der Sicherheitsgesellschaft doch der analytische Rahmen.

Wenn Mechanismen der Inklusion und Exklusion über die Konstruktion und Regulation von Räumen oder die mediale Aufbereitung von Bedrohungsszenarien in den Vordergrund gestellt werden, dann geraten Unsicherheiten in den Blick, die nicht mehr nur unter dem Blickwinkel von Devianz oder Kriminalität betrachtet werden können. So weist z. B. *Scherr* (in diesem Band) auf Ausgrenzungstendenzen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und Bedrohungsszenarien durch illegale Migranten bzw. Migrantinnen und Asylbewerber hin. Zudem scheinen in den öffentlichen und politischen Diskursen in Deutschland Sicherheitsprobleme gegenwärtig weniger auf die allgemeine „Straßenkriminalität“ bezogen zu werden als vielmehr auf Islamismus und Terrorismus. Zwar werden diese Verunsicherungen durchaus auch im Zusammenhang mit Kriminalität thematisiert, aber eben auch auf z. B. kulturelle Bedrohungen.

Zudem geht es bei diesen Bedrohungsszenarien nicht mehr nur um Innere Sicherheit, sondern auch um Bedrohungen von außen, die eben nicht mehr adäquat im Rahmen von Devianz und Kriminalität zu interpretieren sind. Spätestens seitdem Deutschlands Sicherheit „am Hindukusch verteidigt“ wird, stellt sich die Frage, inwieweit Gesellschaftsanalysen der Sicherheitsgesellschaft nicht die Tatsache der Globalisierung und der Entwicklung einer Weltgesellschaft stärker berücksichtigen müssen. Die Beiträge von *Spreen* und z. T. auch *Kuchler* liefern dafür wichtige Anhaltspunkte der Diagnose von Sicherheitsgesellschaften, die nicht mehr hinreichend im Rahmen einer kriminologisch geprägten Analyse zu interpretieren ist.

### **3. Auf dem Weg in eine Sicherheitsgesellschaft oder Wege der Sicherheitsgesellschaft?**

Die aufgeführten zentralen Dimensionen der Sicherheitsgesellschaft bleiben noch unscharf und sind besonders auch in ihrer empirischen Stichhaltigkeit keineswegs als allgemein akzeptierte Gesellschaftsdiagnose anzusehen. Es gibt

Überlappungen und widersprüchliche empirische Indikatoren, die sich noch nicht zu einem stimmigen Gesamtbild fügen.

Gleichwohl überwiegt die Vorstellung, dass wir seit einiger Zeit Zeugen grundlegender gesellschaftlicher Transformationen werden, in denen auf verschiedenen Ebenen der Konstruktion und Regulierung von Sicherheit und Unsicherheit ein zentraler Platz zukommt. Damit scheinen auch die bisher gekannten (und nicht immer geschätzten) Systeme sozialer Kontrolle und Mechanismen der Herstellung sozialer Ordnung einer Neukonfiguration zu unterliegen. Neben die nach wie vor propagierte und über zentrale Institutionen abgesicherte normative Integration treten Systeme der Regulierung von Risiken und Situationen, die mit Mechanismen der Inklusion und Exklusion arbeiten (Singelstein/Stolle 2008).

Allerdings muss man derartige Analysen durchaus auch kritisch betrachten und danach fragen, ob es denn die vorgelegten Analysen eines Transformationsprozesses tatsächlich rechtfertigen, von einem grundlegenden Epochenbruch und damit von einem neuen Etikett Sicherheitsgesellschaft zu sprechen. So ist anmerken, dass bei vielen Diagnosen in diesem Kontext nicht immer klar genug herausgearbeitet wird, was denn das wirklich Neue an den konstatierten Entwicklungen ist. Abgesehen vom Ausnutzen technischer Vorrichtungen und der Übertragung von Kontrollaufgaben an privatwirtschaftlich operierende Sicherheitsunternehmen oder Bürgerinitiativen, die es aber als Werkschutz und Bürgerwehren bereits im 19. Jahrhundert gegeben hat, ist in den Analysen häufig nicht sehr präzise herausgestellt, welche neuen Konsequenzen der gesellschaftlichen Entwicklung sich daraus ergeben.

Auch wird das bereits oben angesprochene Problem des historischen Bezugspunkts einer Diagnose von Transformationsprozessen in Analysen zur Sicherheitsgesellschaft nicht immer klar. Dies wird besonders dann virulent, wenn über die explizite Betonung von Unterschieden implizit ein idealisiertes und z. T. romantisierendes Bild der Vergangenheit gezeichnet wird. Selbstverständlich waren z. B. auch ‚frühere‘ Systeme sozialer Kontrolle durch Mechanismen der Exklusion gekennzeichnet, und der Einsatz von Kriminalpolitik zur Regulierung von Armut ist ebenfalls keine neue Erfindung aus den USA. Möglicherweise waren die Mechanismen der Exklusion und der Repression in früheren Zeiten sogar deutlich stärker als heute.

Diese Anmerkungen sprechen nicht grundsätzlich gegen das Konzept der Sicherheitsgesellschaft als Instrument der Diagnose gegenwärtiger (welt)gesellschaftlicher Entwicklungen. Es bleibt, trotz der grob formulierten Anfragen, ein wichtiges sensitivierendes Konzept, das den Blick auf zentrale gesellschaftliche

Entwicklungen lenken kann, die innerhalb der soziologischen Gesellschaftsdiagnose und -theorie häufig nur am Rande behandelt werden. Wichtig bleibt aber seine empirische Sättigung, wofür dieses Buch einen Beitrag leisten will.

## Literatur

- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- de Haan, Willem, 2007: Migration and the Changing Culture of Control in The Netherlands. From Multicultural Drama to Cultural Trauma. S. 87-102 in: Hess, H./Ostermeier, L./Paul, B. (Hrsg.), Kontrollkulturen. Texte zur Kriminalpolitik im Anschluss an David Garland. Weinheim: Juventa.
- Eyerman, Ron, 2008: The Assassination of Theo van Gogh. From Social Drama to Cultural Trauma. Durham: Duke University Press.
- Foucault, Michel, 1977: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt/M: Suhrkamp. [fr. orig. 1975: Surveiller et punir. Naissance de la prison. Paris: Gallimard].
- Garland, David, 1985: Punishment and Welfare: A History of Penal Strategies. Aldershot: Ashgate.
- Garland, David, 2008: Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. Frankfurt/M.: Campus. [am. org. 2001: The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Chicago, Oxford: University of Chicago Press].
- Groenemeyer, Axel, 2001: Von der Sünde zum Risiko? – Bilder abweichenden Verhaltens und die Politik sozialer Probleme am Ende des Rehabilitationsideals. S. 146-182 in: Groenemeyer, A. (Hrsg.), Soziale Probleme – Konstruktivistische Kontroversen und gesellschaftliche Herausforderungen (Themenheft Soziale Probleme 12/1-2). Herbolzheim: Centaurus.
- Groenemeyer, Axel, 2007: Gibt es eigentlich noch abweichendes Verhalten? Krisendiagnosen in Soziologie und Kriminologie. Kriminologisches Journal, 3: 162-184.
- Groenemeyer, Axel, 2008: Institutionen der Normativität. S. 70-97 in: Groenemeyer, A./Wieseler, S. (Hrsg.), Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik. Festschrift für Günter Albrecht. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- King, Roy D., 2000: Prisons. S. 589-625 in: Tonry, M. (Hrsg.), The Handbook of Crime and Punishment. Oxford: Oxford University Press.
- Kury, Helmut, (Hrsg.) 2006: Härtere Strafen – weniger Kriminalität? Zur Verschärfung der Sanktionseinstellungen (Themenheft Soziale Probleme 17/2). Herbolzheim: Cantaurus.
- Kury, Helmut, 2008: Fear of Crime – Punitivity. New Developments in Theory and Research. Bochum: Universitätsverlag Brockmeyer.
- Lee, Murray, 2007: Inventing Fear of Crime. Criminology and the Politics of Anxiety. Cullompton: Willan.
- Legnaro, Aldo, 1997: Konturen der Sicherheitsgesellschaft. Eine polemisch-futurologische Skizzen. Leviathan 25/2: 271-284.
- Lianos, Michalis, 2005: Le nouveau contrôle social. Toile institutionnelle, normativité et lien social. Paris: L'Harmattan.
- Lianos, Michalis/Douglas, Mary, 2000: Dangerization and the End of Deviance. The Institutional Environment. British Journal of Criminology 40: 261-278
- National Advisory Commission on Criminal Justice Standards and Goals, 1973: Corrections. Washington, D.C.: U.S. Printing Office.
- Pratt, John/Brown, David/Hallsworth, Simon/Morrison, Wayne (Hrsg.), 2005: The New Punitiveness. Trends, Theories, Perspectives. Cullompton: Willan.

- Reuband, Karl-Heinz, 2007: Konstanz und Wandel der „Strafphilosophie“ der Deutschen – Ausdruck stabiler Verhältnisse oder steigender Punitivität? Ergebnisse eines Langzeitvergleichs (1970-2003). *Soziale Probleme* 18/2: 186-213.
- Scheerer, Sebastian, 1998: The Delinquent as a Fading Category of Knowledge. S. 425-442 in: Ruggiero, V./South, N./Taylor, I. (Hrsg.), *The New European Criminology*. London: Routledge.
- Simon, Jonathan, 2007: *Governing Through Crime. How the War on Crime formed American Democracy and Created a Culture of Fear*. Oxford: Oxford University Press.
- Singelstein, Tobias/Stolle, Peer, 2008: *Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. (2., vollständig überarbeitete Auflage)*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Treiber, Hubert/Steinert, Heinz, 1980: *Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen. Über die „Wahlverwandtschaft“ von Kloster- und Fabrikdisziplin*. München: Heinz Moos.
- Wacquant, Loïc, 2009: *Bestrafen der Armen: Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*. Opladen: Barbara Budrich. [am. org. 2009: *Punishing the Poor: The Neoliberal Government of Social Insecurity*. Durham: Duke University Press].